

# Evangelische Verantwortung

## Freiheit und Gerechtigkeit – kritische Anmerkungen zur Grundsatzprogrammdebatte

Thomas Rachel MdB

**Bereits in den Diskussionen um das schlechte Abschneiden der CDU bei der letzten Bundestagswahl kam es im Herbst letzten Jahres parteiintern zu einer strittigen Grundsatzdebatte.**

Zwei Positionen standen sich – gewissermaßen stellvertretend für zwei breite Meinungsfronten innerhalb der christlich-demokratischen Union – gegenüber: Muss es angesichts der bedrängen-



*„Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit dürfen niemals als voneinander gesonderte Perspektiven des Menschseins einander gegenüber gestellt werden bzw. auseinander fallen.“*

den Reformherausforderungen in erster Linie um eine „Debatte über Freiheit“ und „persönliche Verantwortung“ gehen und liegt hier der wesentliche „Kern des unverwechselbaren Pro-

gramms der Union“, wie es der hessische Ministerpräsident Roland Koch im Dezember des letzten Jahres betonte (F.A.Z. vom 02.12.05)? Oder hat nicht vielmehr der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers recht, der von einer „sozialen Schieflage“ im zurückliegenden Wahlkampf gesprochen hat und beklagte, dass die um ihre „strukturelle Mehrheitsfähigkeit“ ringende Volkspartei an diesem wesentlichen Punkt „unterphilosophiert“ gewesen sei?

Die Christlich-Demokratische Union hat mittlerweile ihre Arbeit zum neuen Grundsatzprogramm aufgenommen. Die Idee der „neuen Gerechtigkeit“ – unter dem Titel „Mehr Freiheit wagen“ von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrer ersten Regierungserklärung ja bereits deutlich hervorgehoben – wird derzeit unter dem Motto „Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“ in der CDU diskutiert. Und diese Diskussion ist gegenwärtig kontroverser denn je: Auf der einen Seite hat Jürgen Rüttgers mittlerweile mit seiner Rede von den kapitalistischen „Lebenslügen“, von der sich die Union verabschieden müsse, nachgelegt. Auf der anderen Seite wird gefordert, man solle sich endlich von der schleichen- den „Sozialdemokratisierung“ der CDU verabschieden (Friedrich Merz). Auch der Ministerpräsident des Saarlandes, Peter Müller, hat sich nun gerade zu Wort gemeldet und betont, dass die CDU „nicht nur die Partei der Freiheit“ sei, sondern „vor allem die Partei der Gerechtigkeit sein“ müsse (WELT, 30.10.2006).

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Themen:

Editorial	3
Leitfragen der Grundsatzprogramm-Kommission	7
Gegen die Aushöhlung des Sonntagstagsschutzes	10
Bleibende Prägekraft des Christentums	12

*Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass es bei der gegenwärtigen Debatte um die Grundwerte von „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ um eine zentrale Identitätsfrage der Union geht.*

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass es bei der gegenwärtigen Debatte um die Grundwerte von „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ um eine zentrale Identitätsfrage der Union geht. Ist die Union nun sozial oder doch eher liberal? Und wie lässt sich das für unsere Soziale Marktwirtschaft so konstitutive Verhältnis von sozialstaatlicher Verantwortung und marktwirtschaftlicher Freiheit unter den Bedingungen einer gewandelten, globalisierten Welt so bestimmen, dass dadurch ein neuer gesamtgesellschaftlicher Konsens bzw. eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht werden kann? An der Beantwortung dieser Fragen hängt Entscheidendes, nicht nur für unsere Partei im engeren Sinne, sondern auch für die Zukunft unseres Landes insgesamt.

*Wir müssen zudem vor allem wieder deutlich machen, dass für uns das christliche Menschenbild und die sich hieran anknüpfenden Werte und Präferenzen nicht nur Lippenbekenntnisse darstellen.*

Es lässt sich nun meines Erachtens leicht einsehen, dass sowohl die Argumentationen von Ministerpräsident Roland Koch als auch diejenigen der Ministerpräsidenten Rüttgers und Müller an entscheidenden, die Grundprogrammatische unserer Partei betreffenden Punkten ergänzungsbedürftig bzw. zumindest missverständlich sind. Denn genauso wenig, wie es ausreicht, angesichts von weit über vier Millionen Arbeitslosen, einfach nur das Loblied auf die Werte von Freiheit und Eigenverantwortung weiter zu singen, darf sich die Union, angesichts der desaströsen finanziellen Lage von Bund, Ländern und Kommunen, dazu hinreißen lassen, im Blick auf das zwar legitime, aber am Ende recht vordergründige Ziel der Mehrheitserringung, zu nicht einzuhaltenden wohlfahrtsstaatlichen Versprechungen von einst zurückzukehren. Darum müssen wir uns jetzt insbesondere um eine offene und redliche Diskussion bemühen und einseitigen Schlagwörtern von gestern ein für alle Mal den Abschied erteilen.

Wir müssen zudem – gerade in der Grundwertedebatte – vor allem wieder deutlich machen, dass für uns das christliche Menschenbild und die sich hieran anknüpfenden Werte und Präferenzen nicht nur Lippenbekenntnisse darstellen, sondern aus einer glaubwürdigen Grundhaltung entspringen, die die Christlich-Demokratische Union bis heute prägt. Kurz gesagt: Es kann keine überzeugende Grundsatzdebatte geben, ohne dass wir uns der Frage unserer entsprechenden christlichen Grundhaltungen und Wertvorstellungen wieder stellen und uns auf diese neu besinnen. Ich denke, es muss wieder deutlich werden, dass erst die gegenseitige Verbindung, Durchdringung und Begrenzung der Leitbilder von ‚Freiheit‘, ‚Solidarität‘ und ‚Gerechtigkeit‘ auch die notwendigen Spielräume für effektive politische

Reformen schaffen können. Mit den Worten der christlichen Sozialethik gesprochen: „Gemeinwohl“ und „Eigennutz“ müssen neu verortet und wieder in ein ausgeglichenes und verantwortliches Verhältnis zueinander gebracht werden.

Darum muss am Begriff der ‚neuen Gerechtigkeit‘ bei den Diskussionen über das neue CDU-Grundsatzprogramm deutlich werden, dass es beim Grundwert ‚Gerechtigkeit‘ um die dringend notwendige und längst überfällige Rückgewinnung einer gesellschaftlichen Gesamtperspektive für Deutschland geht. Alle möglichen Gruppen-, Lobby- und Individualinteressen sind von dieser Perspektive aus neu zu betrachten, neu zu bewerten und in ein neues, ausgewogenes Verhältnis zueinander zu bringen. Je klarer, offensiver und lebensnäher die Ergebnisse unserer Diskussionsprozesse dann in der konkreten politischen Auseinandersetzung – vor allem an der Basis – kommuniziert werden, desto besser für Deutschland – und desto besser natürlich auch für unsere Partei.

Es ist als ein entscheidender Impuls für unsere sozialstaatlichen und ökonomischen Reformdebatten zu werten, wenn wir wieder damit beginnen, dasjenige in einem wechselseitigen Bedingungs- bzw. Beziehungsverhältnis zu sehen, was leider allzu oft getrennt voneinander betrachtet wird, nämlich insbesondere die so genannten Grundwerte von „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“. Die von den einschlägigen gesellschaftlichen und politischen Interessengruppen, Parteien und parteiinternen Lagern immer wieder nur mit einseitiger Akzentsetzung erhobenen Forderungen nach entweder mehr „Gerechtigkeit“ oder mehr „Freiheit“ bleiben nämlich, und das zeigen die Diskussionen der Vergangenheit, nur im bloß Abstrakten stecken und verhindern durch ihre Ideologiefälligkeit wirklich gangbare und konkrete Lösungswege.

Es geht darum, die Einsicht in die wesentliche Reziprozität unserer tragenden Grundwerte zu verstärken und konkret zu thematisieren. Im Grundsatzprogramm der CDU aus dem Jahre 1994 wird darum auch nach wie vor richtig festgestellt: „Die Grundwerte erfordern und begrenzen sich gegenseitig. Keiner erfüllt ohne die anderen seinen Sinn. Ihre Gewichtung untereinander richtig zu gestalten ist Kern der politischen Auseinandersetzung.“

Über dieses Wechselverhältnis aufs Neue und eben ganz konkret nachzudenken, und zwar vor dem Hintergrund der aktuellen Probleme unse-

# Liebe Leserin, lieber Leser,

am 27. und 28. November veranstaltet die CDU Deutschlands ihren 20. Parteitag in Dresden. Im Zentrum des Parteitages stehen Beschlüsse, die auch zur aktuellen Grundsatzprogramm Diskussion beitragen.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) hat diesen Diskussionsprozess von Anfang an intensiv begleitet und wird dies auch weiterhin in bewährter Weise tun. Deshalb hat er auch in diesem Jahr wieder einige wichtige Anträge an den Bundesparteitag gestellt. Bei diesen Anträgen (sie sind auf unserer Internet-Homepage unter [www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de) unter der Rubrik „Aktuelles“ einsehbar), geht es unter anderem um die Forderung, die „Verantwortung vor Gott“ in der Verfassung für Europa zu verankern, aus unserer christlichen Verantwortung heraus für das Existenzrecht Israels einzutreten und das Institut der Ehe bei der familienpolitischen Debatte nicht unterbelichtet zu lassen. Gerade auch in nicht einfachen politischen Zeiten ist es für uns Christdemokraten von entscheidender Bedeutung, in ihren grundlegenden Werte- und Grundsatzfragen klaren Kurs zu halten. Dies gelingt nur, wenn wir uns unseres inneren Kompasses, den wir mit dem Bekenntnis zum christlichen Menschenbild haben, immer wieder neu vergewissern.

Gerade in einer globalisierten, multireligiösen und insgesamt oft unübersichtlich gewordenen Welt, ist es eine unverzichtbare Voraussetzung für jeglichen Dialog, sich seiner eigenen Werte- und Glaubensfundamente gewiss zu sein. Ein bemerkenswertes Beispiel hierfür war auch das jüngste, **auf die Initiative von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel** zustande gekommene, **Treffen mit Würdenträgern verschiedener Religionsgemeinschaften** während ihres Besuches in der Türkei: Der klare Appell, dass „Gewalt im Namen von Religionen niemals verursacht werden darf“, wie es Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel bei Ihrem Treffen mit dem **türkischen Ministerpräsidenten Erdogan**, dem **orthodoxen Patriarchen Bartholomäus I.**, dem **armenischen Patriarchen Mesrob II.**, dem **Oberrabbiner Isak Haleva** und dem **Mufti von Istanbul, Mustafa Cagrici**, auf den Punkt brachte, ist ein klares und wichtiges Zeichen für einen guten, weil verbindlichen, interreligiösen Dialog, der nicht aus falscher und schamhafter Kleinmut heraus Unannehmes zu verschweigen pflegt. Auch aus Sicht des EAK bleibt freilich in aller Deutlichkeit zu sagen, dass gerade die Türkei in puncto „Religionsfreiheit“ und Achtung der Menschenrechte noch einen weiten Weg vor sich hat.

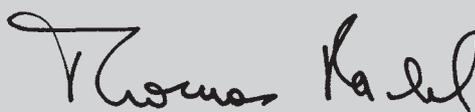
Auch in Bezug auf den konsequenten Sonn- und Feiertagsschutz ist es notwendig, „Ross und Reiter“ in Erinnerung zu rufen. Schon seit längerer Zeit ist eine **schleichende Aushöhlung des Sonntagsschutzes** und der christlich geprägten Feiertagskultur in Deutschland zu beobachten. Das reicht von so genannten „Shopping-Nächten“ in der Karwoche, über eine stetig wachsende Anzahl von regionalen Ausnahmeregelungen an Sonn- und Feiertagen, über die Forderungen sogar nach Streichung traditionsreicher christlicher Feiertage bis hin zu den geplanten Ladenöffnungen an allen Adventssonntagen. Man gewinnt hier obendrein den Eindruck, dass für die diesbezüglichen Forderungen immer aggressiver und unverhohlener geworben wird. Demgegenüber muss klar sein: Die Sonn- und Feiertage sind keine beliebig verfügbare ökonomische Dispositionsmasse, sondern wesentliche und zu schützende Kristallisationspunkte unserer religiösen und gesamtulturellen Identität.

Es ist nun nicht im Geiste genau dieses Sonn- und Feiertagsschutzes, wenn neben **Berlin** auch der **Freistaat Sachsen** plant, die Läden auch an den **Adventssonntagen** in der Zeit von 13 Uhr bis 18 Uhr zu öffnen. Der Advent als die traditionelle Zeit für Familie, Besinnung und Einkehr sowie der Vorbereitung auf Weihnachten darf nicht vordergründigen Konsum- und Umsatzinteressen geopfert werden.

Als EAK werden wir uns darum auch weiterhin konsequent für den Erhalt der Arbeitsruhe auch an den Adventssonntagen einsetzen und der schleichenden Abschaffung der für unser Land so unverzichtbaren Feiertagskultur entgegenreten.

Gottes Segen!

Ihr



Thomas Rachel  
(Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU)



*„Die Sonn- und Feiertage sind keine beliebig verfügbare ökonomische Dispositionsmasse, sondern wesentliche und zu schützende Kristallisationspunkte unserer religiösen Identität.“*

res Sozialstaates, unserer unbefriedigenden, wirtschaftlichen Gesamtsituation sowie unserer desolaten „Kassenlage“, bedeutet in jedem Fall, darüber erst wirklich angemessen und verantwortlich nachzudenken. Eine solche Neuausrichtung unserer gemeinsamen Verständigung über die notwendigen Reformschritte impliziert unter anderem, dass beispielsweise der in den letzten Jahren die politischen Auseinandersetzungen fast ausschließlich dominierende und bisweilen stark ideologieanfällige (um nicht zu sagen: beliebig gewordene) Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ nun endlich in einen weiterreichenden und weiterführenden Verstehenskontext gerückt werden muss. Hieran knüpfen dann auch die weiteren Fragen bezüglich der anderen wichtigen Gerechtigkeitsperspektiven an, z. B.:

*Das neue Nachdenken der Union sollte Freiheit gerade als unverzichtbares Wesenselement am Gerechtigkeitsbegriff selbst qualitativ neu hervortreten lassen und würdigen.*

- Ist es im Sinne einer wohlverstandenen Befähigungs- und Chancengerechtigkeit, wenn das faktische Ungleichgewicht zwischen den Bildungszugängen und Leistungsvoraussetzungen sozial schwächerer und gehobenerer Schichten in unserem Land mit dem Instrument der „Einheitsschule“ beantwortet wird?
- Ist es im Sinne der Generationengerechtigkeit, wenn gerade Familien, insbesondere solche mit mehreren Kindern, einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind?
- Ist es denn dem Ziel einer wirklichen Teilhabegerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt auf lange Sicht dienlich, wenn staatliche Transferstandards, steigende Lohnnebenkosten und eine staatliche Strukturpolitik, die auch noch in die Tarifautonomie hineinzudirigieren trachtet, im Ergebnis ein faktisches Lohn(niveau) definieren, welches z.B. kleine und mittelständige Unternehmen (fast 79% aller Beschäftigten arbeiten in solchen Betrieben!) kaum mehr bezahlen können, so dass es kontraproduktiver Weise zu vermehrtem Stellenabbau und zu mehr betriebsbedingten Kündigungen kommt?
- Hat es noch etwas mit wirklicher Steuer- und Lohn- bzw. Einkommensgerechtigkeit zu tun, wenn man zwar lauthals eine grundlegende Steuerreform verdammt, im gleichen Atemzug aber weiterhin duldet, dass sich im Dschungel des staatlichen Subventionssystems durch geschickte Steuerberatung mancher Wohlhabender noch wohlhabener rechnen kann, während das Gros der abhängig Beschäftigten unter der stetig wachsenden Gesamtabgabenlast immer stärker stranguliert wird?

All diese und noch viele weitere uns zurzeit drängend bewegenden Fragen können – wie gesagt – nur dann eine befriedigende Antwort erfahren, wenn wir wieder lernen, einen neuen gesellschaftlichen Gesamtblick zu entwickeln. Dem Druck von gesellschaftlich einflussreichen Lobbygruppen und medienpräsenten Interessenvertretern, die in chronischer Weise dazu tendieren, ihre von Eigennutz-Erwägungen motivierten Vorstellungen und Forderungen zum alleinigen Maßstab auch des Gemeinwohls zu deklarieren, muss deshalb politisch entschieden und konsequent entgegen getreten werden.

Gerechtigkeit und Gleichheit gehören zusammen, aber auch Gerechtigkeit und Freiheit. Im Kern erweist sich die dringend notwendige Neuformulierung der Gerechtigkeitsfrage unter aktuellen politischen Vorzeichen somit auch als Frage nach der neuen Verhältnisbestimmung von Freiheit und Gleichheit innerhalb des Gerechtigkeitsbegriffes selbst. Freiheit und Gleichheit lassen sich ja auch als Momente der Gerechtigkeit verstehen. Dies so zu sehen, präzisiert vielleicht sogar das entscheidende Spannungsverhältnis der gegenwärtigen Debatten auf treffendere Weise, als wenn man immer wieder nur die Größen „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ nebeneinander stellt und pauschal und allgemein als Grundwerte beschwört. Denn die oft mit großem Pathos gepriesenen Abstraktbegriffe neigen ja unter der Hand ganz schnell wieder dazu, in den jeweiligen Ideenhimmel zu entschwinden, aus dem sie entstammen.

Vor diesem Hintergrund ist die Rede von einem Mehr an „Freiheit“ im aktuellen Unionslogan durchaus erklärungs- und auslegungsbedürftig. Es könnte nämlich so erscheinen, als ob „Freiheit“ hier bloß quantitativ eingefordert würde. Dann bestünde die Aussage nur wieder lediglich darin, dass man Freiheit im Sinne von (einseitig verstandener) Eigenverantwortung auf Kosten des Solidaritätsaspektes überbetonen wollte und böte – zu Recht – eine abermalige Angriffsfläche für die Stereotype des „Neoliberalismus“-Vorwurfes. Das soll aber doch gerade nicht gemeint sein. Denn als Union fordern wir aus gutem Grund vielmehr einen „neuen“ Gerechtigkeitsbegriff und somit auch ein neues Nachdenken über das in diesem als unverzichtbar enthaltene Moment von Freiheit. Das neue Nachdenken der Union sollte Freiheit gerade als unverzichtbares Wesenselement am Gerechtigkeitsbegriff selbst qualitativ neu hervortreten lassen und würdigen. Es geht um eine neue Würdigung von Freiheit und Eigenverantwortung, die eben nicht auf Kos-

ten des Solidargedankens und somit insgesamt nicht zu weniger, sondern zu mehr Gerechtigkeit (im wohlverstandenen, qualitativen Sinne des Wortes) führt!

Eine entscheidende Bedingung hierfür erblicke ich nun in dem Erfordernis der Rückbesinnung auf unsere ureigensten, im christlichen Menschenbild wurzelnden Grundüberzeugungen und Wertvorstellungen. Sowohl die römisch-katholische Soziallehre mit ihren konsequent vom Menschen her denkenden und ihn würdigenden Prinzipien der Person, der Solidarität und der Subsidiarität als auch die prägenden Traditionen evangelischer Sozialethik weisen uns hier den Weg und definieren den Menschen in vollgültiger Weise als gemeinschaftsbezogenes Wesen jenseits der fragwürdigen Alternativen individualistisch-liberaler oder kollektivistisch-sozialistischer Verzerrungen. Auch in der jüngsten Denkschrift des Rates der EKD unter dem Titel „Gerechte Teilhabe“ heißt es deshalb treffend: „Aus christlich-sozialethischer Sicht geht es nicht um eine Gesellschaft der Gleichheit im Sinne von Uniformität. Es geht um eine Gesellschaft, in der alle auf ihre Weise, und möglichst selbst gewählt, Anteil an den in der Gesellschaft üblichen Möglichkeiten haben können (...).“ (S. 20)

Es ist darum auch und gerade für unsere sozialstaatlichen und wirtschafts- bzw. finanzpolitischen Reformdebatten ungemein erhellend, wenn der Christenmensch – mit Martin Luther gesprochen – eben darum weiß, dass er sowohl ein freier Herr ist und niemandem Untertan, als auch ein dienstbarer Knecht und jedermann Untertan. Die Freiheit des Christenmenschen ist eben nicht die radikale Freiheit von allem und jedem, sondern die Freiheit in Bindung und Verpflichtung, die sich gleichermaßen um Verantwortung für sich selbst wie auch für andere bemüht. Der Mensch existiert nach christlicher Vorstellung nicht in erster Linie autonom für sich, so wie es das Dogma einer individualistisch-hedonistischen Gesellschaftskultur immer gerne definieren möchte. Der christliche Glaube bekennt vielmehr, dass der Mensch nur in lebendigen Relationen existieren kann. Relationen sind aber immer auch Verhältnisse wechselseitiger Abhängigkeiten und Aufeinander-Angewiesenheiten. Der Christenmensch darf sich seinem Mitmenschen und Nächsten wie auch letztlich Gott selbst gegenüber nicht nur einseitig als verantwortlich, sondern eben auch als abhängig und angewiesen fühlen. Er lebt somit in Bezügen hilfreicher Gemeinschaft, die ihn bejahen und die er wiederum bejaht. Hilfe- und Fürsorgebedürftig-

keit haben so im christlichen Glauben einen mindestens genauso guten Klang wie Hilfe- und Fürsorgebereitschaft. Die wohlverstandene Freiheit ist im christlichen Menschenbild immer auch zugleich solidarisch vermittelt. Das bedeutet, dass Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit niemals als voneinander gesonderte Perspektiven des Menschseins einander gegenüber gestellt werden bzw. auseinander fallen können. Schließlich darf ein wesentlicher Aspekt hierbei aber nicht vergessen werden: Das christliche Verständnis vom Menschen beschreibt nicht nur eine Idee oder ein Prinzip, sondern aus ihm ergibt sich zugleich der existentielle Aufruf und Anspruch, dieses auch in dieser Welt verantwortlich umzusetzen und zu leben.

Der Christenmensch ist durch seinen Glauben befreit zur Verantwortung für sich selbst und zum Dienst für andere. Insofern ist er dazu gehalten, sowohl seine Eigenverantwortung aus Solidarität mit seinem Nächsten dort wahrzunehmen, wo er dazu selbst in der Lage ist, als auch denen in Freiheit zu helfen, die dazu eben nicht fähig sind. Ausgangspunkt christdemokratischen Politikverständnisses ist somit immer der Mensch selbst in der Fülle all seiner gesellschaftlichen Bezüge und Hinsichtnahmen. Dies gilt es wieder neu in Erinnerung zu rufen: Eine Politik, die ihr „Geschäft“ nur noch mechanistisch zu verwalten weiß und zur ideenlose Sklavin von wechselnden Machtegoismen, diffusen Strukturzwängen oder orientierungslosem Aktionismus degeneriert steht in klarem Widerspruch zum christlichen Bild vom Menschen. Nicht zuletzt darin erweist sich dieses jedoch wiederum als tragfähiger Orientierungsmaßstab für politisches Handeln. Der Mensch in der Fülle seiner gesellschaftlichen Bezüge und Hinsichtnahmen – das und nichts anderes muss auch die Perspektive der Union sein, wenn sie von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität reden will.

Natürlich lassen sich aus solchen grundlegenden Vergewisserungen nicht unmittelbar politische Gestaltungs- bzw. Handlungsanweisungen ableiten. Diese Grundlagen und Grundwerte sind aber gleichwohl entscheidende Voraussetzungen dafür, dass die Politik ihre Richtung, ihre Orientierung, ihr Maß und ihr Ziel im Auge behält.

Aus dem notwendigen demokratischen Wettstreit der parteipolitischen Grundsatzprogramme muss am Ende auch der ebenso unverzichtbare Wettstreit über die konkreten politischen Mittel, Wege und Instrumente resultieren. Beides gehört in differenzierter Weise zusammen:

*Ausgangspunkt christdemokratischen Politikverständnisses ist immer der Mensch selbst in der Fülle all seiner gesellschaftlichen Bezüge und Hinsichtnahmen. Dies gilt es wieder neu in Erinnerung zu rufen.*

Einerseits kann es ohne Grundorientierungen, Wertpräferenzen und Leitlinien keine verantwortliche und tragfähige politische Agenda geben. Ohne den konkreten Blick, das wirkliche Verständnis und die gelebte Verantwortung für die unterschiedlichsten Lebenswelten der Menschen entlarvt sich andererseits jeder noch so hehre Grundsatz als bloße Ideologie.

Darum muss eine christdemokratische Politik vor allem immer konkret und nahe bei den Menschen und ihrer unterschiedlichen Lebenswelten sein. Es ist in diesem Zusammenhang richtig, dass etwa der abstrakte Verweis auf die Grundwerte oder das christliche Menschenbild der ständigen Gefahr ausgesetzt ist, zu bloß ideologischen Schlagwörtern und leeren Floskeln zu geraten. Doch ein solcher faktischer Missbrauch, überall dort, wo er sich im politischen Alltag leider immer wieder zeigt (gezeigt hat oder zeigen wird), konterkariert nicht den grundsätzlichen Sinn und Nutzen einer solchen politischen Grundsatzprogrammarbeit überhaupt, denn er dient – im Positiven wie Negativen – der Vergewisserung der politischen Wurzeln und Ziele. Die Gefahr ideologischer Erstarrung wird jedoch akut, wenn nicht mehr genügend im Blick ist, dass auch und gerade eine wertegebundene Politik – in all ihrer

Fehlbarkeit und Unvollkommenheit – immer nur als dynamischer, kreativer und offener Prozess, niemals aber als ruhender Endzustand zu haben ist. Gerade Christinnen und Christen in der Politik wissen dies sehr gut oder sollten es zumindest besser wissen.

Eine christdemokratische Politik, die wieder neu für den Grundwert der Freiheit werben, Fehlentwicklungen aufzeigen und neue Gerechtigkeitsperspektiven gewinnen will, kann nur dann Erfolg haben, wenn sie diese Freiheit als die „Freiheit des Christenmenschen“ versteht und glaubwürdig kommuniziert. Sie muss dabei deutlich machen, dass in christlicher Perspektive Eigenverantwortung nicht einfach mit Egoismus und Gerechtigkeit nicht einfach mit Sozialismus und zu verwechseln ist.

Dies wird ihr Ausgangspunkt sein, mit dem sie in den politischen Wettstreit mit anderen tritt. Meiner Partei rate ich, sich auf diesem Weg eines zentralen Gedankens wieder zu vergewissern: Das christliche Menschenbild ist auch weiterhin ein verlässlicher Kompass für die Zukunft, denn es steht für einen wohl verstandenen Freiheits- und Gerechtigkeitsbegriff mit garantiertem gesellschaftspolitischen „Mehrwert“.



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

## **Der EAK der CDU/CSU lädt herzlich zu seinem diesjährigen Delegiertentreffen ein:**

**Sonntag, 26. November 2006, 18 bis 19 Uhr, Mercure Newa  
Dresden Hotel, St. Petersburger Straße 34, 01069 Dresden.**

**Der EAK ist zudem am 27. und 28. November mit einem Infostand auf dem CDU-Parteitag in Dresden vertreten.**

**Weitere Informationen erhalten Sie bei der EAK-Bundesgeschäftsstelle unter der Telefonnummer 030 22070-432.**

# Lebendig und kräftig und schärfer – Antworten auf die Leitfragen der Grundsatzprogramm-Kommission

Dr. Michael Franz

**Die CDU diskutiert über ihr Grundsatzprogramm. Und um diese Diskussion zu strukturieren, hat die Grundsatzprogramm-Kommission der CDU Deutschlands acht Leitfragen formuliert.**

Ein Grundsatzprogramm sollte nicht ein Sammelurium dessen sein, was man alles zu tun denkt. Vor allem sollte ein Grundsatzprogramm nicht ein Wunschzettel für Vorhaben sein, für die man heute kein Geld oder keine Mehrheiten hat. Ein Grundsatzprogramm sollte sich vielmehr auf das „Warum“ der Politik konzentrieren, Grund und Ziel sollten im Vordergrund stehen. Fachbeschlüsse sind die geeignete Form, um das hieraus folgende „Was“ und „Wie“ im Lichte aktueller Fragestellungen zu konkretisieren.

Der 31. Deutsche Evangelische Kirchentag am 6./10. Juni 2007 in Köln findet mit dem Leitwort Lebendig und kräftig und schärfer (Hebr 4,12) statt. **Lebendig und kräftig und schärfer** sollte auch das C in unserem Grundsatzprogramm bestimmt werden.

## 1. Was ist unsere Identität als Christliche Demokraten?

### Die Politik aus christlicher Verantwortung!

Nach dem Hamburger Programm von 1953 erstrebt die CDU eine vom Christentum getragene Lebensgemeinschaft des ganzen deutschen Volkes. Nach dem Berliner Programm von 1971 orientiert die CDU ihre Politik an den Grundsätzen christlicher Verantwortung. Das Ludwigshafener Grundsatzprogramm von 1978 identifiziert als Grundlagen der Politik der CDU das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Dies bekräftigt das Hamburger Grundsatzprogramm von 1994. Die stärkste Wurzel ist also die Motivation, **Politik aus christlicher Verantwortung** zu gestalten. In seiner Abhandlung „Von den guten Werken“ schrieb Martin Luther 1520: „Von dem Glauben und keinem anderen Werk haben wir den Namen, dass wir

Christgläubige heißen, als vom Hauptwerk.“ Alle anderen Werke könnten – so Martin Luther – auch Nichtchristen machen. Und das gilt dann nicht nur die Christgläubigen, sondern auch für eine Partei, die das C im Namen führt.

Ist aber deshalb eine Zusammenarbeit von Christen und Nichtchristen unmöglich? Doch, eine Zusammenarbeit ist möglich: Glaube besteht nicht nur aus der Verkündung der frohen Botschaft, Glaube zielt auch auf Lebensbewältigung, auf die Verbindung der persönlichen Existenz mit den Bedingungen, die einen Menschen umgeben. Und das, was Ergebnis dieser Lebensbewältigung ist – im politischen Kontext: also die konkrete Politik, also das „Was“ – mag auch von denen, die diesen Ausgangspunkt, also das „Warum“, nicht in Gänze teilen, als unterstützungswürdig, als mittragbar und als fortentwicklungsfähig angesehen werden. In diesem Sinne ist das **Angebot unserer Politik für alle auch eine Einladung an alle**, hier mitzuwirken.

## 2. Wie ermöglichen wir die freie Entfaltung der Person und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft?

### Indem wir für eine gerechte Teilhabe aller Menschen in Deutschland arbeiten!

In der Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zur Armut in Deutschland vom Juni 2006 wird Armut als fehlende Teilhabe verstanden: „Sie kann nicht auf ihre materielle Dimension reduziert werden, bekommt aber in dieser materiellen Dimension eine besondere Schärfe.“ Weiter heißt es dort: „Von allen zur Armut beitragenden Faktoren schlägt mangelnde Bildung am deutlichsten durch.“ An anderer Stelle dieser Ausarbeitung findet sich der Gedanke: „Es sind ganz überwiegend schulisch-beruflich Gering- und Nichtqualifizierte, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Früchte der Globalisierung, die Deutschland als ‚Exportweltmeister‘ seit Jahren erntet, sind innerhalb Deutschlands ungleich verteilt. Dies wird sich am effektivsten ändern, wenn es gelingt, die Ungleichheit im Bildungs- und Ausbildungsniveau deutlich zu vermindern.“ Die CDU hat mit der Mannheimer Erklärung von 1975 auf die Neue Soziale Frage hingewiesen: **Der Staat als Treuhänder der Schwachen** muss denjenigen zu ihrem Recht verhelfen, die nicht zu den starken und organisierbaren Gruppen gehören. Da die Bildung immer mehr zur notwendigen Bedingung für beruflichen Erfolg wird, ist es eine vor-



*„Je rauer die See, desto stärker muss der Anker sein.“*

rangige Aufgabe der Politik, Bildungschancen zu verbessern. Dies gilt vor allem für Kinder, die wenig Förderung vom Elternhaus erfahren; dies gilt aber auch für Menschen in der Lebensmitte, um lebenslanges Lernen zu ermöglichen. Wege aus der Armut führen vor allem über die Bildung. Der **Zugang zur Bildung ist die Neue Soziale Aufgabe** zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

### 3. Wie meistern wir die Herausforderungen der demographischen Entwicklung?

**Durch eine Konzentration, die der Generationengerechtigkeit dient!** Martin Luther betont in seinem Großen Katechismus zum vierten Gebot, dass auch Eltern, Vorgesetzte und Regierende ihrerseits unter Gottes Gehorsam stehen und sie nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten haben. In der aktuellen Diskussion wird dieser Gedanke unter dem Begriff der „**Generationengerechtigkeit**“ zusammengefasst. Wegen des demographischen Wandels, der weniger durch eine „Überalterung“, sondern vielmehr durch eine „Unterjüngung“ unseres Volkes charakterisiert ist, wird Infrastruktur einfach teurer. Antworten auf die Herausforderungen sind vor allem in Strategien der **quantitativen und qualitativen Konzentration** zu sehen: Eine quantitative Konzentration ist z. B. eine Zusammenlegung von Schulen. Eine qualitative Konzentration ist z. B. die Errichtung eines **Mehrgenerationenhauses**, das von Krabbelgruppe über vorschulischer Einrichtung und Hausaufgabenbetreuung bis hin zum Mittagstisch für Ältere und ambulante Dienste reicht.

Probleme, die auch durch den demographischen Wandel hervorgerufen wurden, wurden lange durch eine Ausweitung der Staatsverschuldung abgemildert. So wurden die Kosten der längeren Lebenserwartung in der Rentenversicherung durch die Erhöhung des Bundeszuschusses gemildert, dessen Erhöhung dann weniger in der Gegenwart spürbar ist, wenn dazu die Staatsverschuldung erhöht wird. Vor diesem Hintergrund kann die von der Union durchgesetzte Errungenschaft der Maastricht-Kriterien nicht hoch genug geschätzt werden. Die Maastricht-Kriterien sind die tragfähigste Antwort auf den destruktiven Mechanismus „Haushalt saniert – Wahlen verloren“. Da die Schulden von heute die Steuern von morgen sind, wäre die Belastung künftiger Generationen vermutlich noch höher, wenn es das „Drei-Prozent-Kriterium“ nicht gäbe. Die Konsequenz für die Volkspartei, die eine Politik für alle formuliert und realisiert, ist, **viele kleine „Maastricht-Kriterien“ zu schaffen**, die der Generationengerechtigkeit dienen.

### 4. Wie können wir Familien helfen, Basis der Gesellschaft zu sein?

**Indem wir die Politik vom Kind her denken und gestalten!** Im Wort des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland vom 22. Februar 1997 wird die „vorrangige Option für die Armen, Schwachen und Benachteiligten“ an zentraler Stelle hervorgehoben. Das sind zuerst hier die Kinder, die ja nicht wahlberechtigt sind und sich dort nicht äußern können. Die biblische Weisung „Wenn dein Sohn dich morgen fragt ...“ (Dtn 6,20) erinnert uns daran, **vom Kind her zu denken**. Das Denken vom Kind her gelingt umso besser, je größer die Bedeutung der Schaffung von Betreuungsangeboten (z. B. Vorschulen und Ganztagschulen), gezielten Hilfen in persönlicher Form (z. B. Förderunterricht) oder sächlicher Infrastruktur (z. B. Spielplätze) ist. In der EKD-Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ vom Juni 2006 werden die bisherigen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Kinder mit Blick auf arme Familien so bewertet: „Ihnen hilft nach aller Erfahrung auch nicht die Erhöhung von materiellen Leistungen als solches, sondern vor allem die Bereitstellung institutioneller Förderleistungen.“ Kulisse des „Denkens vom Kind her“ ist unser Fundament für die Ehe, für das Zusammenleben von Frau und Mann: Partnerschaft, Gleichberechtigung und Wahlfreiheit.

### 5. Wie machen wir die Soziale Marktwirtschaft in der globalisierten Welt zukunftsfest?

**Indem wir ein Konzept für eine Internationale Soziale Marktwirtschaft entwickeln!** Ausgangspunkt der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland war der Rechtsstaat: „Der Rechtsstaat kann sich nur dort vollständig durchsetzen, wo zugleich mit seiner rechtlich-staatlichen Ordnung eine ‚adäquate‘ Wirtschaftsordnung verwirklicht ist“, so der Nationalökonom Walter Kurt Heinrich Eucken, einer der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft, in seinen „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik“. In dem Maße wie die nationalen Außenpolitiken zur Weltinnenpolitik werden, können durch diese **Weltinnenpolitik rechtsstaatliche Strukturen** verwirklicht werden, die Voraussetzungen für eine Internationale Soziale Marktwirtschaft sind.

Die Konturen einer **Internationalen Sozialen Marktwirtschaft** sollten Eingang in das Grundsatzprogramm finden, eine Ordnung, die „das Prinzip der Freiheit des Marktes mit dem des sozialen Ausgleiches“ (Müller-Armack) im interna-

*Der Zugang zur Bildung ist die neue soziale Aufgabe zu Beginn des 21. Jahrhunderts.*

tionalen Maßstab verbindet. Dabei stehen wir erst am Anfang. Internationale Soziale Marktwirtschaft ist mehr als ein System von Einzelverträgen, die je nach Sanktionskalkül einseitig gekündigt werden (können). Und dass es geboten sein mag, mit Blick auf das Wohl der Menschen im eigenen Lande Vereinbarungen mit anderen Ländern zur Gestaltung des internationalen Wettbewerbes zu treffen, das wusste schon Kaiser Wilhelm II. So heißt es im Kaiserlichen Erlass vom 4. Februar 1890: „Die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarktes beteiligten Länder, wenn nicht überwinden, doch abschwächen.“

Ansätze einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft gibt es bereits heute. So wurde mit der **Welthandelsorganisation** erstmals eine gültige Welthandelsordnung mit dem Status einer internationalen Organisation geschaffen.

Aktuell sind deshalb die Gedanken von Eucken aus den 1940er Jahren: „Die Industrialisierung hat die alten Formen, die übrigens auch weitgehend unzureichend waren, gesprengt. Und neue Formen sind noch nicht gefunden worden. Wir stehen auch hier vor dem zentralen Problem der Formbildung. Die Aufgabe bleibt immer die gleiche: die Herstellung einer funktionsfähigen und gerechten Ordnung.“ Darum geht es auch bei der Internationalen Sozialen Marktwirtschaft. **Geordneter Wettbewerb** und **Harmonisierung** sind wichtige Stichworte für die I. Phase der Internationalen Sozialen Marktwirtschaft. Und dieser Ordnungsrahmen wird regional und sektoral mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten wachsen. Internationale Soziale Marktwirtschaft muss nicht zugleich Globale Marktwirtschaft sein, so wie Euroland auch nicht identisch mit dem geographischen Europa oder der Europäischen Union ist. Die vorrangige Option für die Armen, Schwachen

und Benachteiligten, die die EKD und die DBK in ihrem Wort „zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ an zentraler Stelle ansprechen, steht an dieser Stelle vor ihrer **härtesten Bewährungsprobe**. Aufgaben der Entwicklungspolitik im christlich demokratischen Verständnis sind die Schaffung menschenwürdiger Lebensverhältnisse in armen Ländern sowie die Förderung einer weltweit friedlichen und nachhaltigen Entwicklung. Entwicklungspolitik beinhaltet nicht nur Entwicklungshilfe, sondern auch und gerade die Verbesserung der internationalen Rahmenbedingungen für die armen Länder. Der Aspekt der Schaffung einer Wirtschaftsordnung, die auch und gerade den armen und ärmsten Ländern dient, ist ein wichtiger Posten für das Konzept einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft.

Bei allen Debatten um **Flexibilisierung und Deregulierung**, bei dem klaren Bekenntnis zu Markt und Wettbewerb muss auch der Rahmen, in dem sich die deutsche Wirtschaft in der Globalisierung entfaltet, immer wieder überprüft werden. Die **Sonntagsruhe in Deutschland** gehört auch unter den Bedingungen der Globalisierung zu diesem Rahmen: **Je rauer die See ist, desto stärker muss der Anker tragen**. In den Produktionsbetrieben, die in einem harten internationalen Wettbewerb stehen, müssen oft Ausnahmen zugelassen werden, so wie das einzige Schaf auch am Sabbat aus der Grube herausgeholt werden darf (Mt 12,11). Deshalb sollte das Gebot der Sonntagsruhe bei örtlichen Gütern und Dienstleistungen besondere Beachtung finden. Der Grundsatz der Arbeitsruhe an Sonntagen wird im Hamburger Grundsatzprogramm im sozialpolitischen Zusammenhang unter dem Aspekt des Arbeitsschutzes angesprochen. Neue Fragestellungen, z. B. zur Sonntagsöffnung von Videotheken oder zu Fahrerlaubnissen für LKW an Sonntagen im Transitland Deutschland, lassen eine **umfassende Sichtweise des Schutzes der Sonntagsruhe im Grundsatzprogramm** als geboten erscheinen. Martin Luther schreibt zum



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Bis einschließlich 30. Oktober 2006 haben insgesamt 348 Leserinnen und Leser 17.747,70 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

### Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr.: 266 098-300  
**Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: [www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de)**

dritten Gebot in seinem Großen Katechismus, sein christlicher Sinn bestehe darin, dass der Mensch einen Tag in der Woche zum Ausruhen und zum Gottesdienstbesuch benötige. Dafür sei jeder Tag gleich gut geeignet: „Weil aber dazu von altersher der Sonntag bestimmt ist, soll man's auch dabei belassen, damit es nach einer einheitlichen Ordnung gehe und niemand durch unnötige Neuerung eine Unordnung anrichte.“ Deshalb soll die Sonntagsruhe als eine besondere Grenze für Deregulierung betont werden. Sonntags ist es ruhiger. Das ist vorbei, wenn alle Geschäfte öffnen, wenn alle Fabriken produzieren und alle LKW fahren dürfen. **Sonntagsruhe ist ein öffentliches Gut, das alle herstellen. Sonntagsruhe kann nicht privatisiert werden.** Wenn immer mehr Flexibilität gefordert wird, dann werden Ankerpunkte der Sta-

bilität umso wichtiger. Wenn die Arbeitswelt heute immer mehr zeitliche und räumliche Beweglichkeit von den Menschen verlangt, dann muss es Zeiten geben, in denen Familie als Gesicht – und nicht nur als Chat im Web – stattfinden kann. Als die Familienangehörigen in örtlicher Gemeinschaft lebten, mag die Bedeutung der Sonntagsruhe vor allem im Gottesdienstbesuch gelegen haben. Der erste Aspekt der Sonntagsruhe, den Luther anspricht, wird heute drängender.

### 6. Wie gestalten wir einen freiheitlichen Staat, der Sicherheit garantiert?

**Indem wir die Aufgaben und die Grenzen der Wirksamkeit des Staates menschengerecht und sachgemäß bestimmen!** Ein wichtiger Anlass für



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Pressemitteilung vom 24. 10. 06

## Gegen die schleichende Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes

**Anlässlich der Pläne des rot-roten Senates in Berlin, die Ladenöffnungszeiten auf zehn Sonntage im Jahr auszudehnen, erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Thomas Rachel MdB:**

„Die Absicht des rot-roten Berliner Senates, die Ladenöffnungszeiten auf bis zu zehn Sonntage auszudehnen, ist der gezielte Versuch der Aushöhlung der grundgesetzlichen Garantie der allgemeinen Sonntagsruhe und widerspricht dem Geist des Sonn- und Feiertagsschutzes in massiver Weise. Die Tatsache, dass die gesetzliche Regelung der Ladenöffnungszeiten seit Juli dieses Jahres in den Kompetenzbereich der Länder fällt, darf nicht mit einer generellen Freigabe der Öffnungszeiten auch an Sonn- und Feiertagen verwechselt werden.“

Die Respektlosigkeit von SPD und PDS in Berlin gegenüber der christlichen Feiertagskultur macht dabei noch nicht einmal vor den vier Adventssonntagen halt. Der Advent als die traditionelle Zeit für Familie, Besinnung und Einkehr sowie die Vorbereitung auf Weihnachten soll offensichtlich einem noch grenzenloseren Konsumrausch geopfert werden. Dass es ausgerechnet die „linken“ Parteien sind, die damit zu Handlangern der schleichenden Ökonomisierung aller Lebensbereiche werden, ist für diesen Senat ebenso entlarvend, wie es für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien bitter sein dürfte. Hier ist auch ein Kurt Beck als Bundesparteivorsitzender der SPD und Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz gefragt, wie es die SPD mit dem Sonntags-, Arbeitnehmer- und Familienschutz künftig halten will.

Der Sonntag als Tag des Gottesdienstes, der Arbeitsruhe, der seelischen Erhebung und als Tag der Familien darf nicht kommerziellen Interessen zum Opfer fallen. Alle Bundesländer sind aufgerufen, sich gemeinsam mit den Kirchen aktiv für den Erhalt des Sonn- und Feiertagsschutzes einzusetzen und einer schleichenden Abschaffung dieser für unsere Kultur so wichtigen Errungenschaft Einhalt zu gebieten.“

die Überarbeitung des Grundsatzprogramms ist die **Bedrohung durch den internationalen Terrorismus**. Die Antworten hierauf lassen die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit schwinden. Die Antworten hierauf zeigen die Kurzsichtigkeit des Liberalismus auf, der zwischen Staat und Freiheit einen Widerspruch vermutet. Es geht hier nicht um „mehr Freiheit durch weniger Staat“. Wie in der Sozial- und Wirtschaftspolitik geht es auch in der Sicherheitspolitik um die richtige Bestimmung der Aufgaben und der Grenzen der Wirksamkeit des Staates. Und so wie der orientalische Basar ohne Allgemeine Geschäftsbedingungen und andere Standardisierungen nur geringe wirtschaftliche Aktivitäten ermöglicht, wird ein Land mit einem schwachen Staat die Beute des internationalen Terrorismus. Wenn ein Land Beute des Terrorismus wird, dann ist dort Freiheit mehr als gefährdet.

### 7. Was müssen wir tun, um die Schöpfung zu bewahren?

**Den nachfolgenden Generationen eine Welt hinterlassen, die sie bebauen können!** Der Mensch nach dem Sündenfall hat den unmittelbaren Auftrag zur Bebauung der Schöpfung (Gen 3, 23). Der unmittelbare Auftrag zur „Bebauung und Bewahrung“ bezog sich auf den Garten Eden, vor dem Sündenfall (Gen 2, 15). Aus dem biblischen Verständnis ist deshalb die Aufgabe der **Bewahrung der Schöpfung vom Menschen her**, vor allem von den Kindern und Kindeskindern (Dtn 6, 20) her, zu denken und erst nachrangig von der Natur her. Diese Präferenz für den anthropozentrischen Ansatz bedeutet nicht, dass die Anfragen des biozentrischen, für den die Fähigkeit aller Lebewesen zur Selbstentfaltung ethischer Maßstab ist, des physiozentrischen, bei dem die Zugehörigkeit zur Natur ethischer Maßstab ist, oder des pathozentrischen Ansatzes, der die Empfindsamkeit in den Vordergrund stellt, ignoriert werden. Die Unterschiede der jeweiligen Ansätze gehen im „Was“ bei einer sehr langfristigen Betrachtung gegen Null. In dem „Was“ für überschaubare Zeiträume und in dem „Warum“ können sie sich jedoch erheblich unterscheiden. Das Hamburger Grundsatzprogramm hat das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft um den Aspekt der „Ökologie“ erweitert und spricht von der „Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft“. Durchsetzen konnte sich der Begriff der „Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft“ nicht. Man mag das auf förmliche Gründe – der Ausdruck ist einfach zu lang – zurückführen. Ein gewichtiger Grund könnte aber sein, dass das Zusätzliche zu wenig war. Zu sehr war diese neue Dimension auf

„Natur und Umwelt“ beschränkt. Besser wäre es, zum gängigen Begriff der Sozialen Marktwirtschaft zurückzukehren und das Programm der Sozialen Marktwirtschaft um das Konzept der nachhaltigen Entwicklung und der internationalen Dimension (siehe Frage 5) zu ergänzen.

### 8. Was sind Deutschlands Interessen in Europa und in der Welt, und was ist Deutschlands Verantwortung?

**Die Prägekraft des Christentums in Europa als Orientierung, die Durchsetzung der Menschenrechte überall und das Existenzrecht Israels!** In der Debatte um die Verfassung für Europa haben wir schmerzlich zur Kenntnis genommen, dass der Gottesbezug und die christlichen Wurzeln Europas dort nicht beschrieben wurden. Europa ist zu klein und zu verbunden mit anderen Landmassen, um geographisch – wie etwa Australien – definiert zu werden. Europa ist aber mehr als „nur“ eine Wertegemeinschaft, wie es die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft (NATO) ist, die amerikanische, asiatische und europäische Staaten zur (militärischen) Verteidigung gemeinsamer Werte verbindet. **Europa ist ohne die Prägekraft des Christentums nicht vorstellbar.** Was wäre Europa ohne die Prägekraft des Christentums? Eine Halbinsel Asiens. Im Hamburger Grundsatzprogramm von 1994 wird in Ziffer 53 auf die Zugehörigkeit Deutschlands zum christlichen Abendland hingewiesen. Es wird neben die „europäische Kulturgemeinschaft“ gestellt. Die Prägekraft des Christentums in Europa sollte offensiver dargestellt werden. Sie ist für uns Ausgangspunkt und Orientierung unserer Politik in Europa. Die Verantwortung vor Gott ist in der Verfassung für Europa zu verankern. Diese Forderung ist nach wie vor aktuell und für uns politischer Auftrag. Mit dem Bezug auf Gott verbindet sich nicht ein christlicher oder gar kirchlicher Anspruch, sondern damit soll deutlich gemacht werden, dass sich der Mensch weder sich selbst noch der Gesellschaft verdankt. Er ist nicht das letzte Maß aller Dinge. Interesse Deutschlands in der Verantwortung für die Welt ist die Durchsetzung des Grundsatzes **„Menschenrechte überall“** (Gen 1, 26 f und Gal 3,28). Ausdruck unserer jüdisch-christlichen Wurzeln und der historischen Verantwortung von uns Deutschen ist das Eintreten für das **Existenzrecht Israels als Bestandteil der deutschen Staatsräson**. Dies sollte im Grundsatzprogramm verankert werden.

*Wie in der Sozial- und Wirtschaftspolitik geht es auch in der Sicherheitspolitik um die richtige Bestimmung der Aufgaben und der Grenzen der Wirksamkeit des Staates.*

*Dr. Michael Franz ist Mitglied der EAK-Grundsatzprogramm-Kommission und Ministerialrat in der saarländischen Landesverwaltung.*

# Thesen zur bleibenden Prägekraft des Christentums in Europa der EAK-Grundsatzprogramm-Kommission

Frieden unter den Mitgliedstaaten und der Binnenmarkt gelten als die beiden größten Errungenschaften des europäischen Aufbauwerkes. Die EU-Erweiterung wird mehrheitlich befürwortet. Noch mehr Menschen befürchten aber, dass der Beitritt weiterer Staaten die Probleme auf den nationalen Arbeitsmärkten vergrößert. Vor allem der Beitritt der Türkei wird skeptisch gesehen. Wichtigstes Motiv zur Ablehnung der Verfassung für Europa in Frankreich und in den Niederlanden war die Besorgnis über die wirtschaftliche und soziale Lage im eigenen Land.

## Neue Aufgaben

Die außenpolitischen Anforderungen an die Europäische Union wachsen: Globalisierung der Wirtschaft, internationaler Terrorismus und Sicherung der Außengrenzen, insbesondere der südlichen, sind wichtige Stichworte. Als kontrovers erweist sich immer wieder die Frage der Verantwortlichkeiten innerhalb Europäischen Union: Wer macht was? Das „Rome Manifesto“ vom 31. März 2006 der Europäischen Volkspartei erblickt in Transparenz und Subsidiarität den Schlüssel.

## Die CDU und die CSU sind die deutschen Europa-Parteien

Mit dem Euro halten die Menschen „Europa in den Händen“. Als der Vertrag, der den Weg zum Euro schuf, in Maastricht am 7. Februar 1992 unterzeichnet wurde, waren es vor allem christlich demokratische und auch konservative Regierungschefs, die wesentliche Impulse gaben: Jean-Luc Dehaene (CVP) in Belgien, Poul Schlüter (DKF) in Dänemark, Helmut Kohl (CDU) in Deutschland, Konstantinos Mitsotakis (ND) in Griechenland, Giulio Andreotti (DC) in Italien, Jacques Santer (CVP) in Luxemburg und Ruud Lubbers (CDA) in den Niederlande.

## Die bleibende Prägekraft des Christentums in Europa

In der Debatte um die Verfassung für Europa haben wir schmerzlich zur Kenntnis genommen, dass der Gottesbezug und die christlichen Wurzeln Europas dort nicht beschrieben wurden. Europa ist zu klein und zu verbunden mit anderen Landmassen, um geographisch – wie etwa Australien – definiert zu werden. Europa ist aber mehr als „nur“ eine Wertegemeinschaft, wie es die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft ist, die amerikanischen, asiatischen und europäischen Staaten zur (militärischen) Verteidigung gemeinsamer Werte verbindet. Europa ist ohne die bleibende Prägekraft des Christentums nicht vorstellbar. Was wäre Europa ohne die bleibende Prägekraft des Christentums? Eine Halbinsel Asiens.

Im Hamburger Grundsatzprogramm von 1994 wird in Ziffer 53 auf die Zugehörigkeit Deutschlands zum christlichen Abendland hingewiesen. Das christliche Abendland wird neben die „europäische Kulturgemeinschaft“ gestellt. Die bleibende Prägekraft des Christentums in Europa könnte durchaus offensiver dargestellt werden. Auch und gerade mit Blick auf die Debatte um die Verfassung für Europa und die Beitrittsverhandlung der Europäischen Union mit der Republik Türkei sollte an die bleibende Prägekraft des Christentums in Europa als geistiges Fundament Europas erinnert werden.

## Impulse für die EU-Nachbarschaftspolitik

Die bleibende Prägekraft des Christentums in Europa sollte aber auch zur Geltung kommen, wenn es um weitere Partnerschaften der Europäischen Union geht. Beispielsweise könnten besondere Akzente in der EU-Nachbarschaftspolitik mit Blick auf Armenien und Georgien, deren Bevölkerung mehrheitlich christlich ist, gesetzt werden.

## Gottesbezug in der Verfassung für Europa

Die Verantwortung vor Gott ist in der Verfassung für Europa zu verankern. Diese Forderung ist nach wie vor aktuell. Mit dem Bezug auf Gott verbindet sich nicht ein christlicher oder gar kirchlicher Anspruch, sondern damit soll deutlich gemacht werden, dass sich der Mensch weder sich selbst noch der Gesellschaft verdankt. Er ist nicht das letzte Maß aller Dinge.

## Union, Nation, Region

Paul Gerhard dichtete: „Ich bin ein Gast auf Erden/und hab hier keinen Stand/der Himmel soll mir werden/da ist mein Vaterland.“ Die christliche Botschaft ist universal, aber sie wird vor Ort konkret. Zwischen der Schöpfung als Ganzes und dem Ich liegt vor allem **die Nation, aber auch die Region und zunehmend mehr die Union als ein unverzichtbarer Ankerpunkt, um dem Dienst für diese Welt eine Orientierung mittlerer Reichweite zu geben.**

*Die EAK-Grundsatzprogramm-Kommission ist die gemeinsam vom EAK-Bundesvorstand und den EAK-Landesverbänden eingesetzte Arbeitsgruppe, die die Diskussion zum neuen CDU-Grundsatzprogramm begleitet.*



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Pressemitteilung vom 26. 10. 06

# Ehe bleibt Leitbild der Union

**Anlässlich der aktuellen Diskussionen um das Familienbild im zukünftigen CDU-Grundsatzprogramm erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:**

„Für die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ist und bleibt die lebenslange, von Treue sowie gegenseitiger Fürsorge geprägte Partnerschaft von Mann und Frau, so wie sie sich im grundgesetzlich geschützten Institut der Ehe verwirklicht, fundamentales Leitbild. Daran wird sich auch künftig nichts ändern.“

Im neuen CDU-Grundsatzprogramm soll lediglich in völlig legitimer Weise darauf hingewiesen werden, dass es neben der Ehe auch andere Formen verlässlicher und verbindlicher Lebensgemeinschaften gibt, die man – gerade um der Würde der betroffenen Menschen willen – nicht diskriminieren und ausgrenzen darf. Dazu gehören z.B. Eltern ohne Trauschein, Alleinerziehende, geschiedene Eltern, Verwitwete mit Kindern, Halbweisen, aber auch homosexuell orientierte Menschen in dauerhaften Partnerbeziehungen.

Der springende Punkt dabei ist für die Union allerdings: Die auf Verbindlichkeit und Treue angelegten außerehelichen Partnerschaftsformen sind keineswegs das Gleiche wie die Ehe. Von daher lehnen wir weiterhin sowohl eine „Homo-Ehe“ als auch das Adoptionsrecht für homosexuelle Lebenspartnerschaften ab.

Zusammen mit den Kirchen werben die Christinnen und Christen in der Union und so auch insbesondere der EAK der CDU/CSU für die bleibende Förderung und den Schutz der Ehe von Mann und Frau als beste familiäre Grundlage. Ehe und Familie haben unsere volle Unterstützung. Wir kommen hier unserer Verantwortung nach, indem wir sagen, wozu wir stehen und gleichzeitig die Realitäten in unserem Lande nicht ignorieren.“

# Evangelisches Leserforum

**Norbert Lammert (Hg.)**  
**Verfassung, Patriotismus, Leitkultur –**  
**Was unsere Gesellschaft zusammenhält,**

*Hoffmann und Campe Verlag*  
*Hamburg 2006, ISBN 3-455-50005-6*  
*308 Seiten, 14,95 Euro.*

„Zu lange haben wir verdrängt, dass es nicht nur eine Bereicherung, sondern zugleich eine Herausforderung für eine Gesellschaft ist, wenn unterschiedliche kulturelle Traditionen und Erfahrungen einander begegnen. Es ist unredlich zu leugnen, dass es kulturelle Differenzen gibt, und mindestens leichtfertig, diese Differenzen für belanglos zu halten.“ (S. 139). – Mit diesen klaren Worten fordert Norbert Lammert, der Präsident des Deutschen Bundestages, einen neuen Dialog um eine demokratische „Leitkultur“ ein, der in dem wenige Tage nach dem letzten „Tag der Deutschen Einheit“ in erster Auflage erschienenen Buch „Verfassung, Patriotismus, Leitkultur“ bezeugt wird. Das umfassende Buch veröffentlicht zahlreiche Texte, in denen streitbare Antworten auf zentrale Fragen der aktuellen Debatte um migrations- und integrationspolitische Herausforderungen in Deutschland bzw. um die fundamentalen Werte unserer Gesellschaft gegeben werden.

Mit einem offenen Brief hatte Norbert Lammert, der Herausgeber des jetzt publizierten Buches, im vergangenen Jahr Vertreterinnen und Vertreter aller demokratischen Parteien sowie der Kirchen, der Universitäten, der Gewerkschaften, des kulturellen Lebens und der Medien eingeladen, sich an der geplanten Publikation zu beteiligen – und die meisten der zum damaligen Zeitpunkt angeschriebenen Persönlichkeiten sind seiner Einladung mit ganz verschiedenen Texten gefolgt. Ein kurzes Vorwort von Norbert Lammert und die Veröffentlichung seines offenen Briefes (S. 6–7/S. 8–9) dokumentieren die Entstehungsgeschichte dieses streitbaren Buches;

die in alphabetischer Namensordnung veröffentlichten Texte (ab S. 11), denen jeweils ein Lebenslauf der Autorin bzw. des Autors vorangestellt wurde, umfassen sodann beinahe 300 Seiten, zu Wort melden sich diverse Persönlichkeiten mit und ohne Migrationshintergrund, mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft, mit und ohne Parteizugehörigkeit... – Der Leserschaft wird ohne Zweifel ein weit reichender Einblick in die gesamtgesellschaftliche Debatte um Migrations- und Integrationspolitik zuteil.

„Verfassung, Patriotismus, Leitkultur“ rief bereits durch seine von einer kurzen Podiumsdiskussion begleitete offizielle Vorstellung im „Haus der Bundespressekonferenz“ ein kritisches Medienecho hervor: Die kontroverse Debatte um eine „deutsche Leitkultur“, die mehrere Jahre zuvor ein schnelles Ende gefunden zu haben schien, hat also erneut begonnen. Aber ist es noch dieselbe Debatte, die damals sofort in eine sehr polemische Auseinandersetzung zwischen allen demokratischen Parteien führte und nach und nach (ohne zu einem unumstrittenen Ergebnis zu gelangen) viele Emotionen heraufbeschwor? Norbert Lammert will jenen gesellschaftspolitischen Diskurs zwar fortsetzen, aber unter neuen Vorzeichen – und hat daher die Autorinnen



und die Autoren vor konkrete Fragen gestellt: „1. Steht der Begriff ‚Leitkultur‘ einer ernsthaften, unvoreingenommenen und breiten öffentlichen Auseinandersetzung in einer Weise im Wege, die sie notwendigerweise behindert, verzerrt oder verkürzt? 2. Worum geht es im Kern bei der Frage nach den Grundlagen und tragenden Orientierungen unserer Gesellschaft? Was ist daran deutsch? 3. Muß die Debatte ein konkretes Ergebnis haben? Wie könnte es aussehen? 4. Welche Erwartungen und/oder Verpflichtungen ergeben sich aus der Debatte für staatliches Handeln?“ (S. 9).

„Verfassung, Patriotismus, Leitkultur“ bietet sehr erfreuliche Lektüererlebnisse: Zu nennen sind insbesondere die Gedichte von Wolf Biermann (S. 34–37) sowie ein kulturkritischer Essay von Adolf Muschg. (S. 187–198). Zu nennen sind weiterhin diverse Texte mit kirchlicher und/

oder mit universitärer Autorschaft, in denen mit ausgewogenen Urteilen zur umstrittenen deutschen „Leitkultur“ direkte Antworten auf die vier Fragen von Norbert Lammert gegeben werden, so z. B. die kurzen Ausführungen von Bischof Huber und von Kardinal Lehmann (S. 69–71/S. 153–156), von Richard Schröder und von Alfred Grosser (S. 253–259/S. 63–66). Aber auch die von Wolf Lepenies geschriebenen und sich von den zuvor genannten Texten deutlich unterscheidenden fünf Seiten (S. 159–163) sind hervorzuheben: Durch die geschichtswissenschaftlichen Ausführungen, die der Autor in einem Auszug seines vor kurzer Zeit erschienenen Buches „Kultur und Politik – Deutsche Geschichte“ zur kulturimperialistischen Politik des Deutschen Reiches vor dem Ersten Weltkrieg vornimmt, wird ein viel kreativerer Zugang zu migrations- und integrationspolitischen Fragen auch der gegenwärtigen Zeit offenbar als in vielen anderen Texten.

Welches aber sind diese „vielen anderen“ Texte? Es sind insbesondere die in großer Zahl veröffentlichten und über 100 Seiten umfassenden Essays, in denen Autorinnen und Autoren der demokratischen Parteien die deutsche Leitkultur thematisieren, indem sie das jeweilige Parteiprogramm in die diskrepante Debatte einbringen – und in denen mit einem vergleichenden Blick auf die grundverschiedenen Antworten zu den vier Fragen von Norbert Lammert vielfach eine bemerkenswerte Einfallslosigkeit festzustellen ist.

Im ohne Zweifel gebotenen Interesse einer ausgewogenen Kritik an den in „Verfassung, Patriotismus, Leitkultur“ vertretenen Parteien habe ich in den folgenden Textabschnitten mit wenigen Worten die kurzen Aufsätze von Claudia Roth, von Guido Westerwelle, von Alois Glück kritisiert, d. h.: drei Texte in denen eine alternative, eine liberale, eine konservative Stimme in der kontroversen Debatte das Wort ergreift. Mit den genannten Essays habe ich unter den vielen Texten mit parteipolitischer Autorschaft eine repräsentative Auswahl zu treffen versucht; die folgenden Anmerkungen lassen sich zumeist aber auch auf Autorinnen und auf Autoren beziehen, die für andere demokratische Parteien eintreten als Claudia Roth, als Guido Westerwelle, als Alois Glück. Eine zentrale Kritik sei vorab formuliert: Es sind nicht wenige Aufsätze, die wie in großer Zeitnot formulierte Wortbeiträge z. B. einer abendlichen Diskussionsrunde vor großem Fernsehpublikum wirken.

Claudia Roth fordert aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung von migrations- und integrationspolitischen Problemen eine fundamentale „Kultur der Anerkennung“ ein. (S. 214/S. 220). Als die unabdingliche Dialogvoraussetzung für den offenen Diskurs um eine „deutsche Leitkultur“ gilt ihr dabei der zwischenmenschliche Umgang „auf gleicher Augenhöhe“ (S. 214/S. 220). Das ist richtig. Das volle Verständnis der Parteivorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen verdient z. B. jeder einer wechselvollen Einwanderungserfahrung verpflichtete steinige Lebensweg von zahllosen Menschen in ganz Deutschland (S. 213 f., S. 219 f.): Auch das ist richtig. Auf den wenigen Seiten zwischen den zuvor zitierten Textstellen lässt Claudia Roth jedoch keinen Zweifel daran entstehen, dass sie ihre Anerkennung kaum einer der durch die CDU oder der durch die CSU in dem komplexen Streit vertretenen Positionen zumindest als zu diskutierender Frage zuteil werden lässt – und das ist falsch. Denn so droht der von der Autorin postulierte Dialog auf gleicher Augenhöhe zu scheitern.

Der für alle Stimmen in der gegenwärtigen Diskussion erhebliche Gesprächsbedarf gebietet es nicht zuletzt, auch die demokratischen Parteien anzuhören, ob Bündnis 90/Die Grünen, ob die Unionsparteien, ob andere. Claudia Roth sucht jedoch wieder einmal die kompromisslose Auseinandersetzung mit verschiedenen CDU/CSU-Landesverbänden und bedient sich dabei einer sehr ermüdenden Wahlkampfrhetorik. Da heißt es: „Leicht zwanghaft wirkt auch der Versuch der hessischen Landesregierung (...)“ und „(...) wie man vielleicht in der Patriotismuskommission der sächsischen CDU meint.“ Da heißt es: „Schäuble plant (...)“ und „Schönbohm fordert (...)“. (Alle Textstellen S. 214–217). – Genug davon. Das lese und vernehme ich im politischen Stimmengewirr Monat für Monat, Woche für Woche und in den Wahlkampfzeiten sogar Tag für Tag, und zwar von allen demokratischen Parteien. Ganz wie es die politische Streitkultur erfordert, hat Claudia Roth die scharfe Auseinandersetzung z. B. mit der hessischen Landesregierung, z. B. mit der sächsischen CDU in den vergangenen Jahren bereits vielfach gesucht; und die Autorin hat auch das, was Schäuble und was Schönbohm planen oder fordern, schon oft einer rigorosen Kritik unterzogen – und m. E. zu oft, als dass der hier besprochene Aufsatz zu einem interessanten Lektüreerlebnis werden könnte. Warum nutzt die Autorin den mittleren Textteil ihres hitzigen Essays beinahe nur dazu, mit harschen Worten („verfassungswidrig“, „Generalver-

*Die kontroverse Debatte um eine „deutsche Leitkultur“ hat erneut begonnen. Aber ist es dieselbe Debatte wie mehrere Jahre zuvor?*

dacht pur“, „populistisch“, S. 214 bzw. S. 218) gegen die CDU und gegen die CSU anzuschreiben? Alle von Claudia Roth in verkürztem Wortlaut wiedergegebenen Vorschläge der angegriffenen konservativen Politik lohnen ohne Zweifel die konstruktive Auseinandersetzung – und gewiss auch einmal die scharfe Attacke. Aber ob dieses in einem aktuellen Buch geschehen muss, dessen Herausgeber angeregt hat, mit eigenen Stellungnahmen an der gegenwärtigen Debatte sich zu beteiligen? (S. 8 f.). Hier wird die eindeutige Aufforderung, streitbare Positionen zu formulieren (S. 9), mit dem Angriff auf die streitbaren Positionen anderer Parteien verwechselt.

Den von der Autorin zu einer sozialintegrativen Anerkennungspolitik geschriebenen Aufsatz habe ich in aller angemessenen Ausführlichkeit gelesen, und insbesondere ihre sehr klaren Worte über die fundamentale Bedeutung der universellen Menschenrechte und des deutschen Grundgesetzes (S. 216) finden meine volle Anerkennung: Dieses gebietet schon der von der Autorin eingeforderte Dialog auf gleicher Augenhöhe. Zu kritisieren habe ich jedoch, dass sich in dem gesamten Aufsatz von jener demokratischen Kultur der Anerkennung (die keine konkrete Begriffsdefinition erfährt) nicht ein innovativer Gedanke zu den vier Fragen von Norbert Lammert findet. „Für eine Kultur der Anerkennung“ bietet der mit der Politik von Claudia Roth bereits vertrauten Leserschaft des Buches keine einzige Neuigkeit, keine originelle Idee. Die einzige Ausnahme findet sich an der besten Textstelle ihres kurzen Aufsatzes, d. h.: in jenen zehn Zeilen, in denen sie auf das gesellschaftliche Postulat eines kulturtoleranten „overlapping consensus“ verweist. (S. 219). Das ist sehr gut. Aber dieses ist, wie auch Claudia Roth schreibt, nicht etwa ein sozialwissenschaftlicher terminus technicus des „grünen“ Parteiprogramms, sondern ein tiefer Gedanke aus der sozialen Philosophie von John Rawls.

Guido Westerwelle schreibt über die Bedeutung des Grundgesetzes: „Genauso wie Toleranz gefordert ist, brauchen wir auch ein Bekenntnis von Menschen, die dauerhaft als Einwanderer zu uns kommen, zu unserer Verfassung und zu unseren grundsätzlichen Regeln.“ (S. 306). Guido Westerwelle schreibt über zentrale Anforderungen an alle Zuwanderer in und nach Deutschland: „Mindestvoraussetzung ist das Erlernen der deutschen Sprache.“ (S. 306). Guido Westerwelle schreibt: „Keine Toleranz für die Intoleranz.“ (S. 307). – Das ist alles richtig, dem ist Wort für Wort zuzustimmen.

Aber: Diese sehr wesentlichen Thesen waren bereits im vergangenen Jahr im Deutschlandprogramm 2005 der FDP (Arbeit hat Vorfahrt) nachzulesen, also im liberalen Parteiprogramm des letzten Bundestagswahlkampfes. Im Wahlprogramm der FDP steht über die Bedeutung des Grundgesetzes: „Die FDP bekennt sich zu einem kulturellen Miteinander auf der Grundlage von universellen Werten. Sie sind in den Grundrechten unserer Verfassung verankert.“ (ebd., S.38). Im Wahlprogramm der FDP steht über zentrale Anforderungen an alle Zuwanderer in und nach Deutschland: „Wir erwarten aber von Zuwanderern auch die Bereitschaft, Integrationsangebote wahrzunehmen und insbesondere die deutsche Sprache zu erlernen.“ (ebd., S.38). Im Wahlprogramm der FDP steht: „Wir sind gegen jede Toleranz gegenüber der Intoleranz.“ (ebd., S.39). – Die beinahe exakte Entsprechung der hier verglichenen Gedanken (und sogar mancher Wortlaute) bezeugt die volle Kenntnis des Autors vom eigenen Parteiprogramm – und zugleich die ganze Phantasielosigkeit seines hier besprochenen Aufsatzes.

Guido Westerwelle verwirft weiterhin mit sehr klaren Worten den Begriff der „deutschen Leitkultur“ (S. 306); sein Aufsatz ermangelt jedoch (wie so viele Texte) eines kreativen Vorschlags für einen neuen kulturtheoretischen terminus technicus, der in der Debatte den umstrittenen Begriff ersetzen bzw. einen innovativen Kulturbegriff anderer Geisteshaltung mit einem exakten Wort bezeichnen könnte. – Zuletzt ist zu sagen: Es findet sich ein sehr interessanter Gedanke in dem Text des liberalen Autors, der schreibt, dass auch eine verantwortliche Einwanderungspolitik als patriotischer Akt anzusehen ist. (S. 307). Das ist gut – aber hier beendet er seinen Text. So habe ich die Lektüre mit dem befremdenden Eindruck abbrechen müssen, dass der Autor seinen kurzen Ausführungen gerade an jener Textstelle ein abruptes Ende setzt, an der er ein Interesse an ausführlicherer Lektüre geweckt hat und an der ihm zudem die Möglichkeit gegeben gewesen wäre, eine neue These in die komplexe Diskussion um eine „deutsche Leitkultur“ einzubringen.

Alois Glück verweist im scharfen Streit um eine klare Begriffsdefinition von „Leitkultur“ auf ein über fünf Jahre altes Parteipapier der bayerischen Landtagsfraktion der CSU vom Jahresbeginn 2001 – und erweckt somit den nicht nachvollziehbaren Eindruck, als habe seine Partei bereits vor fünf Jahren eine abschließende Ant-

*Eine zentrale Kritik: Es sind nicht wenige Aufsätze, die wie Wortbeiträge in einer abendlichen Diskussionsrunde vor großem Fernsehpublikum wirken.*

wort auf die jetzt vom Herausgeber aufgeworfenen Fragen gefunden. Indem also der Autor einen eigenen Parteibeschluss zitiert und diesen als abschließende Begriffsdefinition einer „deutschen Leitkultur“ anerkannt wissen will (S. 59), scheint er sich aus der komplexen Debatte zurückziehen zu wollen: Ist nach Auffassung von Alois Glück schon alles zur Migrations- und Integrationspolitik gesagt?

Auch in den wenigen Worten, mit denen sich Alois Glück an der Debatte beteiligt, ist eine konkrete These zu vermissen. Dieses wird insbesondere an jener Textstelle offensichtlich, an welcher der Autor schreibt, für ein weniger konfliktives Zusammenleben in unserer Gesellschaft sei „mehr“ erforderlich (S. 60) als das bloße Bekenntnis zur Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Das ist richtig. Aber worin besteht dieses „mehr“? Zu dieser Frage schreibt Alois Glück kein Wort. Dabei hat er einen der sehr wenigen Texte des gesamten Buches verfasst, die sich durch die Erkenntnis auszeichnen, dass in einer wertebundenen Diskussion nicht nur die strikte Einhaltung des deutschen Grundgesetzes einzufordern ist. Die Frage nach besserer Migrations- und Integrationspolitik bzw. nach kulturellen Werten ist nicht zuletzt eine moralische Frage: Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ist als zeitgeschichtlicher Gesetzestext das schriftliche Zeugnis mehrerer kulturgeschichtlicher Entwicklungen, die in diversen Texten mit viel zu wenigen Worten thematisiert werden. – Alois Glück schreibt, dass im scharfen Streit um eine Leitkultur nicht nur nach der Bedeutung einer demokratischen Verfassung in der gegenwärtigen Zeit zu fragen ist, sondern insbesondere nach den ethischen Voraussetzungen z. B. des deutschen Grundgesetzes. (S. 60). Das ist richtig. Aber warum thematisiert der Autor gerade diesen entscheidenden Aspekt der kulturtheoretischen Diskussion nicht mit ausführlicheren Worten?

Ein zusammenfassendes Wort: Norbert Lammert fordert den Diskurs um kulturelle Werte zu Recht ein, dem Herausgeber ist für seine notwendigen Fragen zu danken. „Verfassung, Patriotismus, Leitkultur“ versammelt mit seinen Antworten jedoch zahlreiche Politikerinnen und zahlreiche Politiker zum kompromisslosen Streit, ganz wie die meistgesehenen Fernsehsendungen zu aktuellen politischen Themen, in denen in jeder neuen Woche mit vielen Worten ein ebenso vorhersehbarer wie ergebnisloser Streit inszeniert wird. Die begrenzte Dialogfä-

higkeit der an der Debatte beteiligten Stimmen verhindert eine konstruktive Auseinandersetzung, wieder einmal werden die jeweils eigenen Parteibeschlüsse gegen andere Meinungen ausgespielt, und konkrete Antworten zu den aktuellen Fragen des Herausgebers sind nur selten zu vernehmen. Um also die im ersten Textabschnitt meiner Buchkritik gestellte Frage zu beantworten: Ja, die polemische Diskussion der demokratischen Parteien um eine „deutsche Leitkultur“ scheint dieselbe Diskussion geblieben zu sein wie mehrere Jahre zuvor. Die kulturellen Werte unserer Gesellschaft werden in der zukünftigen Zeit weiterhin zu diskutieren sein; es bleibt zu hoffen, dass sich die notwendige Erkenntnis von Bundeskanzlerin Angela Merkel durchsetzt: „Andere Kulturen und Religionen nehmen uns nur ernst, wenn wir für unsere Lebensweise einstehen, weil wir von den dahinter stehenden Wertvorstellungen überzeugt sind. Diese Überzeugung müssen wir immer wieder neu gewinnen, indem wir uns als Deutsche und Europäer bewusst machen, welches geistige und kulturelle Fundament wir mitbringen und wo Wandel und Bereicherung nur gut tun können.“ (S. 177).

Eine letzte Bemerkung: Das erfreulichste Lektüreerlebnis ist der brillante Essay von Paul Kirchhof (S. 103–109), und hier insbesondere die in kunstvoller Sprache vorgetragene Gedanken zum „Verfassungsbaum“ des deutschen Grundgesetzes im letzten Textabschnitt (S. 107–109). Der gesamte Aufsatz lebt von fundamentalen Gedanken und von sehr originellen Worten auch zu den kulturellen Voraussetzungen der gegenwärtigen Diskussion um migrations- und integrationspolitische Fragen bzw. um einen interkulturellen Dialog: „Der Humus des deutschen Verfassungsbaumes sind die Lehren des Christentums, die Erkenntnisse der Aufklärung, die Anliegen des Humanismus, die sozialen Bewegungen, die deutsche Geschichte, die europäische Integration und die wachsende Weltoffenheit des Staates. Dieser Humus muss gepflegt und immer wieder neu kultiviert werden.“ (S. 107). Wie wohltuend klingt diese Stimme neben dem zuvor beschriebenen Stimmengewirr, das durch die verschiedenen Parteien vielfach entsteht! Der Verfassungsbaum ist ein hervorragender Text; leider umfasst er nicht einmal zehn von etwas mehr als 300 Buchseiten.

*Nicolas Basse ist literaturwissenschaftlicher Doktorand an der Humboldt-Universität zu Berlin und Praktikant beim Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU.*

*„Das Grundgesetz ist ein Verfassungsbaum (...).“ – Ein brillanter Essay: „Der Verfassungsbaum“ von Paul Kirchhof.*

## Aus unserer Arbeit

### EAK-Bezirksverband Mittelrhein

*Es ist fünf vor Zwölf – Welche Zukunft haben unsere Krankenhäuser?*

Unter diesem Motto lud der EAK-Bezirksverband Mittelrhein gemeinsam mit der KPV Mittelrhein zu einer Podiumsdiskussion nach Hürth im Rhein-Erft-Kreis, um über die Finanzsituation von kommunalen und kirchlichen Krankenhäusern zu informieren. Nach einer Studie von Ernst & Young werden bis 2010 nämlich ein Viertel all dieser Krankenhäuser in Deutschland schließen müssen.

Worum es EAK und KPV dabei ging, machte einer der Referenten, Staatssekretär a.D. **Wilhelm Hecker**, Geschäftsführer der Kliniken der Stadt Köln gGmbH – der größten kommunalen Klinik in NRW – deutlich: „Privat ist gut, öffentlich ist schlecht“ gelte hier nicht, denn ein privater Krankenhausträger sei nur an marktwirtschaftliche Geset-



Von links: Willi Zylajew, Felicitas Klieve (Vorsitzende EAK-Mittelrhein), Wilhelm Hecker und Norbert Lenke.

ze, nicht an die Würde des Menschen gebunden. So betreiben die Kliniken der Stadt Köln eine Schwerstbrandverletztenstation, die viel Geld kostet, aber – zum Glück – selten gebraucht wird. Ein privater Träger würde das nicht tun. Der könne sogar wenig „lukrative“ Patienten abweisen mit dem Argument „Mit diesem Leiden sind sie doch viel besser im städtischen Haus aufgehoben“.

Dennoch sieht **Norbert Lenke**, der als Geschäftsführer der Tria Consult Beratungsgesellschaft für das

Gesundheits- und Sozialwesen Krankenhäusern hilft, eine Chance, finanziell zu überleben und sich neu zu strukturieren, dass „neben Aldi auch Feinkost Käfer existieren kann“. Das gelte auch für Krankenhäuser, wenn sie sich denn spezialisierten und beispielsweise eine Facharztpraxis in der Klinik für Patienten anböten.

**Willi Zylajew** MdB, Mitglied des Gesundheitsausschusses des Bundestages, sieht unser Gesundheitssystem als „das Beste in der Welt“ an. Er möchte die Querfinanzierung der Pri-



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

**Jetzt schon vormerken!**

## 44. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)

**15. und 16. Juni 2007 in Potsdam**

**Mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, dem Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber und vielen anderen.**

vatversicherten zugunsten der gesetzlich Versicherten erhalten, worauf die Krankenhäuser angewiesen seien. Allerdings könne einer Explosion auf der Leistungserbringerseite durch neue Forschungsergebnisse und bessere Instrumente heute nicht mehr die Kostenexplosion folgen. Die Deutschen hätten die höchsten Krankheitstage in den Industrieländern.

Ein wenig ist also auch jeder einzelne am Zug, durch gesundheitsbewusstes Leben Krankheiten vorzubeugen und mittelbar zur Kostensenkung beizutragen.

### **Intensiver Gedankenaustausch des EAK Lippe-Detmold mit dem EAK Leipzig-Stadt**

#### **„Das christliche Menschenbild – Ursache für Verfolgung heute“**

Im vorigen Jahr besuchte eine Leipziger EAK-Gruppe das Lippe-Forum in Stapelage, nun erfolgte der Gegenbesuch zum gemeinsamen Herbstforum und zur Einheitsfeier in Leipzig. Diese Beziehung soll zur Festigung der innerdeutschen Einheit fortgesetzt werden.

Nicht nur das „C“ im Parteina-men, auch unsere geläufige Berufung auf das „christliche Menschenbild“ war für den aktuellen Bezug auf zunehmende Gewalt gegen Christen bestimmend. Weltweit sind christlicher Glaube und Lebensart im Bekenntnis nicht ungefährliche politische Fakten. Auch die Ideologien des 20. Jahrhunderts halten das „Kreuz“ für eine bekämpfungswürdige Torheit (vgl. Paulus, 1. Kor. 1/18).

**Dr. theol. Traugott Schall** gelang es in seinem kompakten Vortrag, das biblische (anders kann ja das christliche nicht sein) Menschenbild in seinem Bezug zum Schöpfer darzustellen. So steht der „Platzhalter Gottes“ in „dialogischer Existenz“, ausgestattet mit „unvergleichlicher Würde“ in „gemeinsamer Verantwortung vor Gott“ – trotz der „Realität des Bösen“. „Christen sind Menschen, die die

Barmherzigkeit Gottes in Christus glauben und davon ihr Leben bestimmen lassen.“

Im zweiten Thementeil wies der Bundesgeschäftsführer des EAK, **Pastor Christian Meißner**, anhand zweier Zitate, die sich auf die christliche Verteidigung angesichts ungerechtfertigten Hasses gegen den Namen „Christ“ beziehen, nach, dass das Christentum von Anbeginn unter maßloser Verfolgung stand:

Tertullian, römischer Kirchenschriftsteller, 160–225 nach Christus: „... – wenn endlich, wie kürzlich geschehen, bei den geheimen Prozessen im Palast die allzu sehr beschäftigte Feindschaft gegen diese Genossenschaft der Verteidigung den Mund verschließt, – so möge es der Wahrheit vergönnt sein, wenigstens auf dem verborgenen Wege stummer Schriften zu euren Ohren zu gelangen. Sie sucht nicht durch Bitten ihre Sache zu bessern, weil sie über ihre Lage nicht einmal verwundert ist. Sie weiß wohl, dass sie als Fremdling auf Erden weilt und unter Fremden leicht Feinde findet, dass sie im Übrigen aber ihre Herkunft, Heimat, Hoffnung, ihren Lohn und ihre Würde im Himmel hat. Eins nur wünscht sie für jetzt: nicht unbekannt verdammt zu werden ...“

Justin der Märtyrer, hingerichtet 165 nach Christus in Rom: „... denn nicht nur verbietet die gesunde Ver-

nunft, denen nachzufolgen, die etwas Ungerechtes getan oder gelehrt haben, sondern der Wahrheitsfreund muss auch auf jede Weise, wenn der Tod ihm angedroht wird, das Bekenntnis und die Ausübung des Rechten seinem Leben vorziehen. ...“

Der christliche Glaube entfaltet weiterhin, auch unter Verfolgung, seine werbende Ausstrahlung. Heute sind Christen mit jährlich mindestens 55000 Märtyrern (Idea) die am stärksten verfolgte Religion, haben aber trotzdem das kräftigste Wachstum zu verzeichnen. Die gegenwärtigen geistigen Auseinandersetzungen, vornehmlich mit dem Islam, sollten sowohl im Bezug auf das christliche Menschenbild als auch bei Ablehnung des christlichen Glaubens, auf Faktenwissen gründen.

Die Verantwortung vor Gott und den Menschen erfordert nicht nur im politischen Raum, sondern auch in Predigt, christlicher Unterweisung, Religionsunterricht und persönlichem Lebenszeugnis in erster Linie Sachkunde. Die gleiche Unkenntnis, die damals Tertullian anprangerte, ist heute Ursache politischer Unglaubwürdigkeit, geistiger Verwahrlosung und angstvoller Ratlosigkeit unseres einst christlichen Abendlandes.

*Hartmut Nischik ist  
Vorsitzender des EAK-Leipzig-Stadt.*



*Von links: Wolfgang Strohmeyer (Vorsitzender EAK-Lippe), Christian Meißner, Hartmut Nischik und Dr. Traugott Schall.*

geber: Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Karin Wolff, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Melanie Liebscher, Christian Meißner (V.i.S.d.P.) · Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Tel.: 030-22070-432, Fax: 030-22070-436, E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cdu.de · Konto: Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00 Konto-Nr.: 266 098 300 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · Nachdruck – auch aus-  
zugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100 % chlorfrei.

Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!



Gott spricht: „siehe, ich mache alles neu.“  
(Offb. 21,5b)

Am Ende des Kirchenjahres überwiegen gemeinhin die zumeist als schwer und tiefgründig empfundenen Themen: Man gedenkt des Endes allen irdischen Seins, des Sterbens, des Vergehens und des Todes. Seit 1816 hat man sich angewöhnt, den „**Totensonntag**“ zu begehen und gestaltete ihn dementsprechend zum „Gedenktag der Entschlafenen“. Auch wenn vielerorts mit dem korrekt-liturgischen Zeigefinger (etwa zu Beginn des Gottesdienstes) darauf hingewiesen wird, dass es sich bei diesem letzten Sonntag des Kirchenjahres um den „**Ewigkeitsgottesdienst**“ handelt, ist die Erwartungshaltung (Nennung der Namen der Entschlafenen) – insbesondere der älteren Gottesdienstbesucher – dennoch eindeutig, und der Prediger tut gut daran, diese nicht zu übergehen!

Auf der anderen Seite aber tut er noch besser daran, mit aller falschen Schwermut aufzuräumen und an diesem Tag nicht einer trübseligen Atmosphäre zu huldigen, die den Inhalten der Botschaft des Evangeliums widerstreitet. Nicht um eine kollektive Trauerfeier geht es, sondern um **trostvollen Zuspruch** im Zeichen des „neuen Himmels und der neuen Erde“, wie es auch das berühmte Kirchenlied so unvergleichlich verkündet: „Jerusalem, du hochgebaute Stadt, wollt Gott, ich wär in dir! Mein sehndend Herz so groß Verlangen hat und ist nicht mehr bei mir. Weit über Berg und Tale, weit über Flur und Feld schwingt es sich über alle und eilt aus dieser Welt“ (EG 150,1)! Was diese alte jesajanische Weissagung in Bezug auf Jerusalem/Israel mit ihren wundervollen Bildern des göttlichen Friedensreiches ohne Leid, Schmerz und Tränen so konkret-irdisch ausdrückt, hat sich im christlich-neutestamentlichen Verständnis zum Sinnbild der universalen **Erlösungshoffnung** geweitet: Gott wird dereinst alles neu schaffen und uns mit ihm endgültig durch das Band der gemeinschaftlichen Liebe vereinigen. Alles, was bisher durch Tod oder Sünde auf immer verloren schien, wird auf ewig gerettet sein, geborgen in der Hand dessen, der uns geschaffen hat!

Bei dieser **Hoffnung** geht es jedoch nicht bloß vordergründig um ein jenseitiges „Utopia“ am Ende der uns bekannten Zeit und Welt, sondern insbesondere auch um die in uns bereits als „neu“ angebrochene Wirklichkeit des unvergänglichen Lebens, um unsere jetzigen heilvollen Bezüge, derer wir im Glauben an die Auferstehung Christi teilhaftig geworden sind: Das Neue hat ja bereits in unseren Herzen Wohnung genommen und keimt hoffnungsvoll inmitten unseres oft so grauen Alltags. Überall dort, wo Angst und Schrecken überhand zu nehmen drohen, ist uns gegenwärtig und gewisslich zugesagt, dass weder „Bosheit noch Schaden“ (vgl. v 25) letztgültigen Bestand haben werden. Und immer dann, wenn die Sinnlosigkeiten unser Leben zu überschatten drohen, dürfen wir uns an der trostvollen Botschaft vom „Neuen Jerusalem“ erneut festmachen: „Gott wird abwischen alle Tränen von ihren Augen, und der Tod wird nicht mehr sein, noch Leid noch Geschrei noch Schmerz wird mehr sein“ (Offb 21,4).  
*Meißner*

#### Unsere Autoren:

Thomas Rachel MdB  
Bundesvorsitzender des Evangelischen  
Arbeitskreises der CDU/CSU  
Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin

Dr. Michael Franz  
Am Gutenbrunnen 1 A  
66119 Saarbrücken

EAK-Grundsatzprogramm-Kommission  
c/o EAK-Bundesgeschäftsstelle  
Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin

Nicolas Basse  
c/o EAK-Bundesgeschäftsstelle  
Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin